



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
vom 09.06.2009
im Sitzungssaal des Rathauses in Neubeckum, Hauptstraße 52, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.04.2009 -
öffentlicher Teil -
3. Bericht der Verwaltung
4. Stadtentwicklungskonzept Beckum 2020
Vorlage: 2009/0103 Beratung
5. Anfragen

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Herr Werner Knepper

CDU-Fraktion

Herr Dieter Beelmann

Herr Alfons Dierkes

Herr Michael Meinke

Herr Joachim Mücke

Vertretung für Herrn Thomas Reinkemeier

CDU-Sachkundige Bürger

Herr Peter Goriss

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rudolf Grothues

Herr Otto Gubbe

Herr Peter Redegeld

SPD-Sachkundige Bürger

Herr Werner Haverkemper

FWG-Sachkundige Bürger

Herr Norbert Barenberg

Bündnis 90/Die Grünen - Sachkundige Bürger

Herr Kai Braunert

FDP-Fraktion

Herr Karl-Heinz Przybylak

Vertretung für Herrn Timo Przybylak

Verwaltung

Herr Ralf Bzdok

Herr Heiko Deichmann

Herr Rudolf Helmig

Herr Thorsten Herbst

Frau Hannelore Kirchberger

Herr Holger Osteroth

Schriftführer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Es wurden keine Anfragen gestellt.

2. Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.04.2009 - öffentlicher Teil -

Es wurden keine Einwendungen erhoben.

3. Bericht der Verwaltung

Es wurde nichts berichtet.

4. Stadtentwicklungskonzept Beckum 2020 Vorlage: 2009/0103 Beratung

Herr Knepper erinnerte daran, dass in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.04.2009 der Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes bis einschließlich Kapitel 2.5 erörtert worden sei, so dass nunmehr mit dem Kapitel 2.6 fort gefahren werden könnte.

Zu Kapitel 2.6 – „Stadtmarketing“

Herr Dr. Grothues regte an, die Aufnahme des künftigen Vereins „Wir für Beckum“ als Gesellschafter der Stadtmarketing GmbH als Ziel zu ergänzen.

Herr Barenberg regte eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Stadtmarketing, Innenstadtmanagement und Wirtschaftsförderung an und wies darauf hin, dass die FWG, die Grünen und die FDP keine Protokolle der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Beckum GmbH bekämen.

Herr Knepper erklärte, dass dies bereits rechtlich geprüft worden ist und eine Überlassung und Zusendung der Protokolle nicht möglich sei.

Zu Kapitel 2.7 – „Innenstädte“

Herr Dr. Grothues wies darauf hin, dass zum Ortsteil Neubeckum die Ergänzungen noch fehlen. Weiterhin regte er an, die Entwicklung der vorhandenen Industriebrachen wie Ellinghaus und Renfert als Ziel aufzunehmen.

Herr Herbst erläuterte, dass die Fläche Ellinghaus Teil des integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes für die Innenstadt Beckum sei und daher nicht gesondert aufgeführt werden müsse; die Fläche Renfert könnte ergänzt werden.

Herr Dierkes erklärte, dass die dritte Maßnahme auf S. 15 oben (Wilhelmsviertel und weitere) zusätzlicher Erklärungen bedarf.

Herr Herbst wies darauf hin, dass die Konkretisierungen im integrierten Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes für die Innenstadt Beckum nachzulesen sind und an dieser Stelle nicht wiederholt werden sollten.

Herr Knepper und Herr Haverkemper vertraten beide die Auffassung, dass eine Ergänzung hilfreich sei. Dem allgemeinen Wunsch entsprechend soll daher eine Ergänzung bei der Beschreibung der Maßnahme erfolgen.

Herr Goriss fragte an, ob und wie das Innenstadtmanagement nach Ablauf der 2 Jahre fortgeführt werde.

Herr Deichmann erklärte, dass dies gegenwärtig noch unklar ist und zu gegebener Zeit geklärt werden muss. Derzeit werde auch die Möglichkeit einer Immobilien- und Standortgemeinschaft (ISG) geprüft, welche durch das ISG-Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht werde.

Herr Knepper regte an, dass die auf Seite 15 genannte Maßnahme „Fortführung des Innenstadtmanagement“ unter stärkerer privater Beteiligung erfolgen sollte.

Zu Kapitel 2.8 – „Wohnen“

Herr Dr. Grothues erklärte, dass vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung im Bereich Wohnen der Fokus stärker auf die Innenstädte verlagert werden sollte. So sollten Baulückenschließungen und die Aufwertung des Altbestandes nach Möglichkeit intensiviert werden.

Frau Kirchberger erläuterte, dass der Fachdienst Stadtplanung eine Baulückenübersicht führe. Darin sind die freien erschlossenen Grundstücke vermerkt. Die zum Teil größere Anzahl der Baulücken rührt nicht allein durch freie Grundstücke innerhalb des bebauten Innenbereiches, sondern durch freie Baugrundstücke in den neu erschlossenen Bebauungsplangebieten wie beispielsweise an der Pflaumenallee.

Herr Barenberg regte an, künftig private Bauleitplanung weniger zu unterstützen und städtische Planungen bevorzugt zu bearbeiten.

Herr Haverkemper erklärte, dass Nachverdichtungen bei großen Grundstücken möglich sein sollten und forderte eine stärkere Unterstützung solcher Vorhaben.

Herr Osteroth erklärte, dass die Bebaubarkeit von Grundstücken gesetzlich geregelt ist. Diese Vorgaben müssen eingehalten werden, so dass eine Hinterbebauung von vielen Faktoren abhängt und oft nicht möglich ist. Hier könnte ggf. nur durch einen Bebauungsplan Baurecht geschaffen werden, was jedoch eine gemeinsame Zielsetzung aller Grundstücksnachbarn voraussetzt. Dies ist jedoch meist nicht gegeben.

Frau Kirchberger ergänzte, dass Planungen auch oftmals mit Folgekosten u.a. für die dann notwendigen Erschließungsanlagen verbunden sind, welche eine Realisierung erschweren oder gar unmöglich machen.

Herr Goriss regte an, den Abschnitt „Eigentumsmaßnahmen“ (S. 16) insbesondere in Bezug auf das Thema Baulandpreise zu überarbeiten.

Herr Knepper erinnerte in Bezug auf die Anregung des Herrn Barenberg an das Aufstellungsverfahren zu Flächennutzungsplan (FNP) und wies darauf hin, dass auch Private die Möglichkeit haben sollen, Bauland zu entwickeln. Der FNP gäbe den nötigen Rahmen dafür. Weiterhin ergänzte er, dass Grundstückspreise einzelner Städte untereinander nicht vergleichbar seien und kein Kriterium für die Preisfindung in Beckum sein sollten. Vielmehr sollte überlegt werden, Familien eine Hilfestellung zu geben. Dies könnte in begründeten Fällen ein Zuschuss / Preisnachlass oder die Vergabe der Grundstücke auf Erbbaurechtbasis sein.

Herr Dr. Grothues erklärte, dass seitens der SPD-Fraktion schon mehrfach ähnliche Vorschläge

gemacht worden seien und begrüßte daher den Vorschlag.

Nach weiterer Diskussion wurde zudem vereinbart, die „Aufwertung des vorhandenen Bestandes, auch in energetischer Hinsicht“ als ein weiteres Ziel in das Stadtentwicklungskonzept mit aufzunehmen.

Zu Kapitel 2.9 – „Denkmalpflege / Stadtgestaltung“

Herr Herbst berichtete über die Beratung des Stadtentwicklungskonzeptes im Schul-, Kultur- und Sportausschuss (SKS) und dass dort der Wunsch geäußert wurde, dieses Kapitel nach Denkmalpflege und Stadtgestaltung zu trennen.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses waren diesbezüglich einvernehmlich der Auffassung, diesem Wunsch nicht nachzukommen. Es solle bei dieser Kapitelwahl bleiben.

Herr Barenberg fragte an, ob es eine Satzung für Werbeanlagen in Beckum gäbe.

Herr Osteroth berichtete, dass es keine Satzung gäbe; in der Vergangenheit sei jedoch verwaltungsseitig mehrfach eine Werbeanlagensatzung vorgeschlagen worden.

Herr Knepper erläuterte, dass eine Werbeanlagensatzung ggf. nur in Betracht käme, um extreme Formen von Werbeanlagen verhindern zu können.

Herr Beelmann fragte an, ob der Denkmalpflegeplan im SKS angeregt worden sei.

Herr Herbst erläuterte, dass dies gewünscht wurde, die Zeitschiene jedoch unklar sei.

Herr Osteroth wies darauf hin, dass die Mittel für den Denkmalpflegeplan im Haushaltsplan immer wieder verschoben worden sind.

Herr Beelmann wies auf die hohen Kosten für einen Denkmalpflegeplan hin, so dass eine Verschiebung bei der derzeitigen Haushaltslage notwendig sei.

Herr Meinke erläuterte, dass ein Denkmalpflegeplan nicht viel bringe; vielmehr sollte bei Bedarf eine Einzelfallprüfung nach den Regelungen des Denkmalschutzgesetzes stattfinden.

Herr Haverkemper fragte an, ob die Grabstätte der Familie Ruhr auf dem Elisabeth-Friedhof unter Denkmalschutz stünde und ob nach Ablauf der Liegezeit Grabmale an anderer Stelle verbleiben könnten.

Herr Osteroth erklärte, diesbezüglich Herrn Firzlaff als zuständigen Denkmalpfleger zu befragen.

Herr Dierkes wies darauf hin, dass die für Neubeckum auf Seite 21 angesprochene Entlastung des Hauptgeschäftsbereiches nicht immer wunschgemäß funktioniere. Immer wieder sei zu beobachten, dass sich Lkws in die Innenstadt von Neubeckum verirren und die Umgehung nicht nutzen.

Zum Abschluss der Beratungen über das Kapitel 2 fragte der Vorsitzende, Herr Knepper, an, ob noch weitere Anregungen zu diesem Gesamtkapitel aus dem Ausschuss gegeben werden.

Herr Dr. Grothues bemängelte hierzu, dass weiterhin ein Kapitel „Wirtschaftsförderung“ fehle und bislang nicht nachgereicht worden sei.

Herr Herbst wies darauf hin, dass beabsichtigt sei, dieses Kapitel nach Abschluss aller Beratungen zu erstellen.

Herr Deichmann ergänzte dahingehend, dass nach der abgestimmten Vorgehensweise nach den Fachausschussberatungen zunächst der HUFAs entscheiden soll, welche Änderungen vorgenommen werden. Dies sei der mit der Politik abgestimmte Verfahrensweg.

Herr Dr. Grothues erläuterte, dass -wenn schon jetzt Einigkeit im Stadtentwicklungsausschuss bestünde- dann dieses Kapitel durchaus schon jetzt geschrieben und vorgelegt werden könne. Der Stellenwert der Wirtschaftsförderung müsse dargestellt und dokumentiert werden.

Nach weiterer Diskussion über die Notwendigkeit eines eigenen Kapitels „Wirtschaftsförderung“ zum jetzigen Zeitpunkt wurde auf allgemeinen Wunsch des Ausschusses folgender Beschluss gefasst.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein eigenständiges Kapitel „Wirtschaftsförderung“ zu erstellen und vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zu Kapitel 6 – „Infrastruktur“

Herr Beelmann erläuterte, dass das Kapitel 6.1 und insbesondere die Kapitel 6.2 bis 6.5 grundsätzlich problematisch seien. Diese Kapitel befassen sich mit den Verkehrsangelegenheiten und die darin getroffenen Aussagen beziehen sich größtenteils auf den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) von 1993. Sicherlich sei dieser Verkehrsentwicklungsplan seinerzeit durch den Rat beschlossen worden und seither habe es keine Neuaufstellung gegeben. Inzwischen habe es viele Veränderungen gegeben, so dass die getroffenen Aussagen heute nicht mehr in allen Belangen gültig sind. Es sollte überlegt werden, ob nicht ein neuer Verkehrsentwicklungsplan gebraucht und aufgestellt werden sollte, dessen Ergebnisse dann in das Stadtentwicklungskonzept aufgenommen werden können.

Herr Dr. Grothues fragte an, wo denn beispielhaft die von Herrn Beelmann angesprochenen Problempunkte seien.

Herr Knepper erläuterte hierzu, dass auf Seite 68 unten mit verkehrlichen Annahmen argumentiert wird, die heute möglicherweise nicht mehr aktuell und richtig sind.

Es entstand eine intensive Diskussion über die Notwendigkeit zur Erarbeitung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes. Dabei wurden sowohl die Kosten wie auch die umfangreichen Erhebungen und der daraus resultierende längere Zeitrahmen erörtert und diskutiert.

Herr Knepper wies darauf hin, dass das vorliegende Kapitel grundsätzlich als Arbeitsgrundlage geeignet sei. Es müsse jedoch eine fachliche Einschätzung erfolgen, welche Teile noch tauglich sind und welche nicht. Die Ziele von 1993 könnten heute größtenteils nicht mehr mitgetragen werden und sollten überprüft werden.

Herr Haverkemper erklärte, dass der VEP auf den Prüfstand gestellt werden solle.

Herr Dr. Grothues regte an, dass man den alten VEP nochmals genauer betrachten und dann das weitere Verfahren festlegen sollte.

Herr Mücke schlug vor, die Aufstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes als Ziel und Maßnahme des Stadtentwicklungskonzeptes aufzunehmen.

Herr Przybylak wies darauf hin, dass auch das bislang Geschaffte und Umgesetzte innerhalb des Stadtentwicklungskonzeptes stärker in den Vordergrund gerückt werden sollte.

Frau Kirchberger wies im Rahmen der Diskussion darauf hin, dass die Koordinierungsrunde auch über die Möglichkeit von Expertengesprächen gesprochen habe. Möglicherweise könne das Thema Verkehr als Ansatzpunkt dienen, die Diskussion mit einem externen Verkehrsexperten zu führen.

Nach weiterer Diskussion wurde nachfolgender Beschluss gefasst.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kernaussagen des Verkehrsentwicklungsplanes von 1993 herauszuarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Zu Kapitel 6.5 „Rad- und Fußgängerverkehr“ merkte Herr Dr. Grothues an, dass es als Ziel aufgenommen werden sollte, die Anerkennung als fahrradfreundliche Stadt zu erlangen. Weiterhin wünschte er sich die Maßnahme „Zementroute“ in das Kapitel „Tourismus“ zu verschieben.

Zu Kapitel 6.9 „Telekommunikation“ wurden keine Anregungen gegeben.

Zu Kapitel 7.9 „Abgrabung und Renaturierung“

Herr Knepper fragte an, wie die Begrifflichkeit „extensive Nutzung“ zu verstehen sei.

Frau Kirchberger erläuterte, dass eine wenig intensive Nutzung den Zielen des Naturschutzes im Rahmen der Abgrabung und Renaturierung entspricht. Auf den Flächen sollen z.B. nur gelegentliche Beweidungen stattfinden.

Herr Haverkemper regte an, darüber nachzudenken, dass störende Nutzungen künftig in den ehemaligen Steinbrüchen angesiedelt werden könnten.

Frau Kirchberger erläuterte, dass kein Standort bekannt sei, in dem dies derzeit möglich wäre.

Zu Kapitel 7.10 „Flächennutzung und –verbrauch“ wurden keine Anregungen gemacht.

Zu Kapitel 8.2 - „Gebäudemanagement“

Herr Haverkemper regte hierzu an, darauf zu achten, dass der Renovierungsstandard in städtischen Wohngebäuden in einem bezahlbaren Rahmen gehalten werden sollte.

Zu Kapitel 8.3 „Flächenmanagement“ wurden keine Anregungen gemacht.

Herr Knepper fragte nach Abschluss der Beratungen zu den einzelnen Kapiteln an, ob schon Reaktionen und Bürgerstimmen im Zuge des Internet-Forums zum Stadtentwicklungskonzept vorliegen.

Herr Herbst erläuterte, dass sich zurzeit 4 Nutzer angemeldet haben und 2 Beiträge geschrieben worden sind.

Herr Haverkemper regte an, im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes die Suche nach einem geeigneten Festplatz als Ziel aufzunehmen, da durch die teilweise Bebauung des Osttorparkplatzes hier nur noch wenige Möglichkeiten für derartige Aktivitäten bestünden.

5. Anfragen

- a) Herr Haverkemper erklärte, dass im Bereich des Neubaus der L 586n kontaminierter Boden beobachtet worden sei und fragte nach den weiteren Hintergründen.
Die Verwaltung erklärte dies zu prüfen und in der nächsten Sitzung zu berichten.
- b) Herr Gubbe fragte an, warum der Brunnen am Platz der Städtepartnerschaft nicht in Betrieb sei.
Die Verwaltung sagte eine Prüfung zu.
- c) Herr Gubbe erklärte, dass beim Stadtfest in Neubeckum die Ausfahrt für die Rettungsfahrzeuge oft zugestellt gewesen sei und regte an, diesem künftig mit einem Hinweisschild oder anderweitig zu begegnen.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 10.07.2009

gezeichnet
Werner Knepper
(Vorsitz)

Beckum, den 08.07.2009

gezeichnet
Ralf Bzdok
(Schriftführung)